

Datenschutzerklärung für den Online-Antrag Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Die Stadt Mönchengladbach ist für die Bearbeitung Ihres Antrags zuständig (zuständige Stelle) und ermöglicht Ihnen hiermit die nutzerfreundliche Stellung von Online-Anträgen.

Wenn Sie zur Antragsstellung das Nutzerkonto Bund (Bund ID) nutzen, beachten Sie bitte die dortigen Datenschutzhinweise: <https://id.bund.de/de/eservice/konto/datenschutz>.

Wenn Sie zur Antragsstellung das Servicekonto.NRW nutzen, beachten Sie bitte die dortigen Datenschutzhinweise: [Datenschutzerklärung | Servicekonto.NRW](#)

Für die Nutzung des Antragsassistenten (Online-Formular) über FormSolutions finden Sie die Datenschutzerklärung hier: [Datenschutzerklärung / Form-Solutions](#)

Die elektronische Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Antragsdaten in den Komponenten des Behördenserviceportals erfolgt durch einen IT-Dienstleister.

In der Regel sind an einem Online-Antrag somit folgende Verantwortliche beteiligt:

1. die zuständige Stelle, hier:
Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
Rathausplatz 1
41061 Mönchengladbach
als Verantwortlicher für den Abruf Ihrer personenbezogenen Antragsdaten und für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Antragsbearbeitung sowie auch für die Festlegung der Art und des Umfangs der Antragsdaten.

Ihre Daten werden bei einer Online-Antragstellung in mehreren EDV-Systemen von dem IT-Dienstleister sowie der zuständigen Stelle verarbeitet. Diese sind nach Artikel 26 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gemeinsam für Ihre Daten verantwortlich. Allen Verantwortlichen obliegen die Melde- und Benachrichtigungspflichten nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO jeweils für die Verarbeitungen personenbezogener Daten, für die sie datenschutzrechtlich verantwortlich sind.

Egal, was Sie zum Schutz Ihrer Daten wissen möchten, Sie können jeden Verantwortlichen fragen. Die eine Stelle stellt der anderen die notwendigen Informationen zur Verfügung.

Für im Rahmen der Online-Antragstellung entstandene Schäden können Sie jeden Verantwortlichen in Anspruch nehmen.

1. Informationen zum Verantwortlichen für die Verarbeitung

Die wichtigsten Informationen finden Sie hier: [Datenschutz - Mönchengladbach](#)

Ergänzende Informationen zur Datenverarbeitung stellen wir Ihnen gemäß der Informationspflicht aus §13 und §14 DSGVO nachfolgend zur Verfügung:

1.1	Zwecke der Datenverarbeitung	Mit diesem Online-Antrag werden personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 DSGVO und Artikel 9 Absatz 1 DSGVO zum Zwecke der Authentifizierung, Datenerhebung, (Zwischen-)Speicherung in Datenbanken, Weiterleitung an die zuständige Stelle und zur Bearbeitung des angestoßenen
-----	-------------------------------------	---

		Verfahrens erhoben und an verschiedene öffentliche Stellen übermittelt.
1.2	Rechtsgrundlagen für Verarbeitung im OZG-Hub	Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO in Verbindung mit § 1 OZG, §§ 2 f. EGovG
1.3	Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden	<p>1. Stammdaten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorname(n) und Nachname, ggf. Geburtsname • Adresse • E-Mail-Adresse • Geburtsdatum und –ort • ggf. Doktorgrad • Accountdaten und Login-Daten <p>2. Verfahrensdaten Verfahrensdaten sind Inhaltsdaten von Anträgen und von eingereichten Dokumenten oder Nachweisen, insb.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunikationsdaten • Bankdaten / Abrechnungsinformationen • Nachrichteninhalte <p>Je nach Online-Dienst (vgl. 2.7) kann es auch zu einer Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 DS-GVO kommen. Besondere personenbezogene Daten sind brisante Daten wie z. B. Gesundheitsdaten, biometrische oder genetische Daten, die im Vergleich zu üblichen personenbezogenen Daten eines noch größeren Schutzes bedürfen.</p>
1.4	Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:	<p>Die zuständige Stelle unter 2.1</p> <p>Weitere: verschiedene öffentliche Stellen sofern dies für die Bearbeitung des Antrags erforderlich ist (siehe 2.8)</p> <p>Auftragsverarbeiter gemäß Art. 4 Nr. 8 DS-GVO sind im Rahmen des OZG-Hub die Komm.ONE AöR als Rechenzentrumsbetreiberin und Anwendungsbetreiberin sowie deren Subunternehmer: Civillent GmbH für die Bereitstellung der Datenverarbeitungs-Technik (Server, Netzzugänge, Sicherheitsinfrastruktur) und die SEITENBAU GmbH als Entwicklungsdienstleisterin der Anwendung.</p>
1.5	Absicht des Verantwortlichen, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln	Keine

1.6	Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:	Auf dem OZG-Hub werden Ihre Daten nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Von Ihnen zwischengespeicherte Entwürfe von Online-Anträgen, die nicht abgeschickt wurden, werden nach 365 Tagen gelöscht, wenn sie in dieser Zeit nicht von Ihnen weiterbearbeitet wurden. Nach dem Absenden des Antrags werden die Daten nach 91 Tagen gelöscht.
1.7	Verpflichtung, Daten bereitzustellen und Folgen der Verweigerung	Es besteht keine Verpflichtung, Ihre Daten im OZG-Hub bereitzustellen. Die Nutzung des OZG-Hubs ist freiwillig. Wenn Sie kein Servicekonto anlegen, ist eine Online-Antragstellung ggf. nicht möglich.
1.8	Quellen, aus der die personenbezogenen Daten stammen:	Es werden nur die personenbezogenen Daten verarbeitet, die Sie uns zur Verfügung stellen. Weitere Quellen werden nicht genutzt.
1.9	Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling:	nein
1.7	Verpflichtung, Daten bereitzustellen und Folgen der Verweigerung	Es besteht keine Verpflichtung, Ihre Daten im OZG-Hub bereitzustellen. Die Nutzung des OZG-Hubs ist freiwillig. Wenn Sie kein Servicekonto anlegen, ist eine Online-Antragstellung ggf. nicht möglich.

2. Informationen zur zuständigen Stelle und dem oder den Verantwortlichen

Die zuständige Stelle legt Art und Umfang der Antragsdaten fest, aus dem OZG-Hub werden die Antragsdaten an die zuständige Stelle übermittelt. Die zuständige Stelle verarbeitet die Antragsdaten dann in ihren technischen Systemen weiter.

2.1	Zuständige Stelle	Stadt Mönchengladbach Der Oberbürgermeister Rathausplatz 1 41061 Mönchengladbach
2.2	Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen ggf. seines Vertreters:	Verantwortlicher gemäß Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist das: Stadt Mönchengladbach Der Oberbürgermeister Rathausplatz 1 41061 Mönchengladbach

		<p><i>Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg Willy-Brandt-Straße 41 70173 Stuttgart</i></p> <p>wird ausschließlich als Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO tätig.</p>
2.3	Kontakt Daten der/des Datenschutzbeauftragten:	Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter 02161252550, datenschutz@moenchengladbach.de .
2.4	Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen:	Die von der zuständigen Stelle verarbeiteten personenbezogenen Daten sind für die Beratung, die Bearbeitung Ihres Antrags auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, die Bewilligung und Auszahlung Ihrer Unterhaltsvorschussleistungen sowie für die Bearbeitung nach Bewilligung Ihrer Unterhaltsvorschussleistungen erforderlich. Die zuständige Stelle weist Sie ausdrücklich darauf hin, dass Sie Unterhaltsvorschussleistungen nur dann erhalten können, wenn Ihre personenbezogenen Daten genutzt und weitergeleitet werden dürfen.
2.5	Rechtsgrundlagen für Verarbeitung:	<p>Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 1 ff Unterhaltsvorschussgesetz NRW (UhVorschG NRW).</p> <p>Weitere Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten können zum Beispiel sein: das Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen und das Bundesdatenschutzgesetz.</p>
2.6	Widerruf der Einwilligung	Sofern Sie Ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung durch die zuständige Stelle erteilt haben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf Ihrer Einwilligung in die Datenverarbeitung wird die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.
2.7	Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:	<p>Unter anderem verarbeitet die zuständige Stelle folgende personenbezogene Daten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Persönliche Identifikationsangaben (zum Beispiel Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Telefonnummer, steuerliche Identifikationsnummer, IBAN, Sozialversicherungsdaten) - Daten über Ihre finanzielle Situation (zum Beispiel Gehaltsabrechnungen, Angaben zum Einkommen)

		<p>- Soziodemografische Angaben (zum Beispiel Familienstand und Familiensituation, Geschlecht)</p> <p>- Besondere Kategorien personenbezogener Daten (bekannt als „Sensible Daten“ zum Beispiel religiöse Zugehörigkeit oder Gesundheitsdaten) werden ausschließlich erhoben, wenn dies unbedingt notwendig ist.</p>
2.8	Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:	<p>Innerhalb der zuständigen Stelle erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten benötigen. Die zuständige Stelle ist zur Wahrung des Sozialgeheimnisses über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet. Informationen über Sie darf sie nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder sie zur Erteilung einer Auskunft befugt oder verpflichtet ist. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger von Ihren personenbezogenen Daten öffentliche Stellen oder Unternehmen sein, zum Beispiel:</p> <p>Finanzbehörden, Landrats- und Bürgermeisterämter, Landesministerien (zum Beispiel für Finanzen, für Soziales und Integration), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ihre Bank, Wirtschaftsprüfer, Bundeszentralamt für Steuern, Bundeskasse, Landesoberkasse, Aufsichtsbehörden, Bundes- und Landesrechnungshof, Statistisches Bundesamt, Krankenversicherungsträger, Arbeitgeber, weitere Sozialleistungsträger. Auch von der zuständigen Stelle eingesetzte Dienstleister können zur Erfüllung der beschriebenen Zwecke Daten erhalten, wenn diese das Sozialgeheimnis wahren und besondere Vertraulichkeitsanforderungen erfüllen.</p>
2.9	Absicht des Verantwortlichen, die personenbezogenen Daten an Empfänger in einem Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln:	Nein
2.10	Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:	<p>Die zuständige Stelle speichert Ihre Daten nicht länger, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden.</p> <p>Sind die Daten für die dargestellten Zwecke (siehe Ziffer 2.4) nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei</p>

		denn, ihre – befristete – Aufbewahrung ist weiterhin notwendig. Grund hierfür kann vor allem die Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten sein. Diese können sich zum Beispiel aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung, der Bundeshaushaltsordnung oder der Landeshaushaltsordnung ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung beziehungsweise Dokumentation betragen bis zu zehn Jahre.
2.11	Verpflichtung, Daten bereitzustellen und Folgen der Verweigerung:	Es besteht keine Pflicht, den Antrag elektronisch zu stellen und Ihre Daten elektronisch bereitzustellen. Sie haben die Möglichkeit, die Verwaltungsleistung (formlos/schriftlich) bei der zuständigen Stelle zu beantragen.
2.12	Quellen, aus der die personenbezogenen Daten stammen und ggf. ob es sich hierbei um öffentlich zugängliche Quellen handelt:	Die zuständige Stelle erhält Ihre personenbezogenen Daten vom OZG-Hub (nicht öffentlich zugängliche Quelle). Darüber hinaus erhebt die zuständige Stelle Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie mit ihr als Antragsteller oder Antragstellerin in Kontakt treten, zum Beispiel Anträge oder sonstige Mitteilungen einreichen oder sich per Mail oder Telefon an sie wenden. Ergänzend verarbeitet sie – soweit im Elterngeldverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die sie aus nicht öffentlich zugänglichen Quellen von anderen öffentlichen Stellen (zum Beispiel Bürgermeisterämtern, Landratsämtern), anderen Sozialleistungsträgern (zum Beispiel Arbeitsamt, Krankenkassen oder Jobcenter) oder von sonstigen Dritten zulässigerweise erhalten hat (zum Beispiel zur Ausführung von Aufträgen, zur Erfüllung von Verträgen, aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung oder auf gesetzlicher Grundlage).
2.13	Ihre Rechte	Einzelheiten zu Ihren Rechten im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer Daten ergeben sich aus den jeweiligen Regelungen der DSGVO (Artikel 15 bis 21) und dem SGB X. Sie können von den Verantwortlichen verlangen, <ul style="list-style-type: none"> • Ihnen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft zu geben (Artikel 15 DSGVO), • unrichtige Daten zu berichtigen (Artikel 16 DSGVO), • Ihre Daten zu löschen (Artikel 17 DSGVO), • die Verarbeitung Ihrer Daten einzuschränken (Artikel 18 DSGVO),

		<ul style="list-style-type: none"> • Ihnen die von Ihnen eingegebenen Daten in einem maschinenlesbaren Format bereit zu stellen oder Ihre Daten direkt an eine andere Person oder Organisation zu übermitteln (Artikel 20 DS-GVO). <p>Wenn Sie eines dieser Rechte ausüben möchten, finden Sie die genauen Voraussetzungen in den genannten Artikeln der DS-GVO.</p> <p>Sie können der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten widersprechen (Artikel 21 DS-GVO).</p> <p>Sollten Sie eines der oben genannten Rechte geltend machen wollen, wenden Sie sich bitte an:</p> <p>Datenschutzbeauftragten Rathausplatz 1 41061 Mönchengladbach Telefon: 02161.252550 E-Mail: datenschutz@moenchengladbach.de</p> <p>Unabhängig von diesen Möglichkeiten besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz.</p> <p>Unabhängig von diesen Möglichkeiten besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz. Die Beschwerde richten Sie bitte an:</p> <p>Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW Düsseldorf Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Tel: 0211/38424-0 Fax: 0211/38424-999 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de</p>
2.14	Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling:	nein